

24.01.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4231

2. Lesung

Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen und anderer Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums

Berichterstatter Abgeordneter Hartmut Ganzke

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 16/4231 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 24.01.2014/Ausgegeben: 27.01.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 16/4231 - wurde vom Plenum in seiner 44. Sitzung nach der 1. Lesung am 28. November 2013 zur alleinigen Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Mit dem Gesetzentwurf soll bei acht Gesetzen die bisherige Befristungsregelung bzw. eine Berichtspflicht aufgehoben werden. Zudem soll das Justizgesetz Nordrhein-Westfalen im Bereich des Dolmetscherwesens angepasst werden. Ferner soll die Verordnungsermächtigung des § 21 geändert werden, um eine rechtssichere Anpassung bei Änderungen von Stadtbezirksgrenzen bzw. Stadtbezirks- und Stadtteilnamen zu ermöglichen.

B Beratung

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 22. Januar 2014 beraten.

C Abstimmung

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf, Drucksache 16/4231 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen.

Hartmut Ganzke
stellvertretender Vorsitzender